

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Literaturverzeichnis	XV
Rechtsprechungsverzeichnis	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
 1. Teil Einführung: Der Artenschutz und seine Bedeutung in der Bebauungsplanung	 1
1. Kapitel Die wachsende Bedeutung des Artenschutzes in der Bebauungsplanung	1
I. Die Anfänge des Artenschutzrechts in der Planung	1
II. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 10.1.2006	1
III. Neuregelung des Artenschutzrechts im Bundesnaturschutzgesetz	2
IV. Gegenwärtig: Schwierige Verzahnung von Artenschutz- und Bauplanungsrecht.	3
2. Kapitel Die Gegenstände des Artenschutzrechts in der Bebauungs- planung	4
I. Der Artenschutz als einfacher Umweltbelang.	5
II. Der Gebietsschutz	5
III. Die artenschutzrechtlichen Verbote	7
1. Rechtsgrundlagen der artenschutzrechtlichen Verbote	7
2. Prüfungsprogramm für artenschutzrechtliche Verbotswirkun- gen im Bundesnaturschutzgesetz.	7
3. Erforderliche Beachtung artenschutzrechtlicher Verbote im Bebauungsplanverfahren	8
4. Artenschutzrechtliche Verbote bei Satzungen gemäß § 34 Abs. 4 BauGB und in der Flächennutzungsplanung.	10
3. Kapitel Zusammenfassung	11
 2. Teil Artenschutzrechtliche Verbote	 13
1. Kapitel Systematik der geschützten Arten	13
I. Besonders geschützte Arten	13
II. Streng geschützte Arten	15
	IX

2. Kapitel	Artenschutzrechtliche Verbote	16
I.	Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot)	16
1.	Rechtsgrundlagen	16
2.	Schutzgut	17
3.	Verbotene Handlungen	17
4.	Tötungsverbot bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen	18
a)	Tötungsrisiko	19
b)	Tierökologische Abstandskriterien	19
c)	Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen	20
5.	Relevanz des Tötungsverbots für die Bebauungsplanung	20
6.	Strafbarkeit	21
II.	Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (Störungsverbot während bestimmter Zeiten)	22
1.	Rechtsgrundlagen	22
2.	Schutzgut	22
3.	Verbotene Handlungen	22
4.	Schutzzeiten	23
5.	Erheblichkeit	24
6.	Gemeinschaftsrechtliche Konformität des Störungsverbots	25
7.	Freistellung	27
III.	Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Beschädigungsverbot geschützter Lebensstätten)	27
1.	Rechtsgrundlagen	27
2.	Lebensraum, Habitat und Lebensstätte	28
3.	Allgemeine Voraussetzungen für Lebensstätten	29
4.	Fortpflanzungsstätten	29
5.	Ruhestätten	30
6.	Zeitliche Grenzen des Lebensstättenschutzes	31
7.	Verbotene Handlungen	32
8.	Bedeutung für die Bebauungsplanung und Freistellung vom Verbot	33
IV.	Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG (Beschädigungsverbot von Pflanzen und ihren Standorten)	34
V.	Verbote des allgemeinen Artenschutzes	35
3. Kapitel	Zusammenfassung	35

3. Teil	Behandlung artenschutzrechtlicher Konflikte im Bebauungsplanverfahren: Freistellung, Ausnahme und Befreiung	38
1. Kapitel	Struktur der Prüfung bei der Behandlung artenschutz- rechtlicher Konfliktlagen.	38
I.	Zweite Prüfungsstufe: Freistellung nach § 44 Abs. 5 BNatSchG	38
II.	Dritte Prüfungsstufe: Ausnahme nach § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 5 i. V. m. Satz 2 BNatSchG	39
III.	Vierte Prüfungsstufe: Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG	39
2. Kapitel	Freistellung gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG bei europäisch geschützten Arten	40
I.	Rechtsgrundlage und Übersicht	40
II.	Zulässigkeit der Verbotshandlung als Eingriff	42
III.	Anwendungsbereich hinsichtlich der geschützten Arten	42
IV.	Anwendungsbereich hinsichtlich der Verbotsvorschriften	43
1.	§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG: Freistellung vom Tötungs- und Verletzungsverbot.	43
2.	§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 BNatSchG: Freistellung vom Verbot, wilde Tiere zu fangen	45
3.	§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG: Freistellung vom Beschädi- gungsverbot gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG	45
a)	Hinweise in der Gesetzesbegründung.	46
b)	Die Lebensstätten-Begriffe nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	47
aa)	Unterscheidung zwischen den Lebensstätten-Begrif- fen im nationalen Recht	47
bb)	Lebensstätten-Begriff in Art. 12 Abs. 1 Buchstabe d FFH-RL	47
cc)	Richtlinienkonforme Umsetzung des Lebensstätten- Begriffs der FFH-Richtlinie	48
dd)	Richtlinienkonforme Umsetzung des Lebensstätten- Begriffs der Vogelschutz-Richtlinie	49
ee)	Handhabung in der Praxis.	49
c)	Bedenken gegen die Richtlinienkonformität des § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG	51
4.	§ 44 Abs. 5 Satz 4 BNatSchG: Freistellung vom Beschädigungs- verbot geschützter Pflanzen	52
V.	Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen.	53
1.	Anforderungen an vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nach der Gesetzesbegründung	53
2.	Anforderungen nach dem Leitfaden der EU-Kommission	54

3. Kapitel	Freistellung nach § 44 Abs. 5 BNatSchG bei anderen (national) besonders geschützten Arten	57
4. Kapitel	Ausnahme gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG.	58
I.	Rechtsgrundlagen	58
II.	Tatbestandliche Voraussetzungen	60
1.	Abwendung sonstiger ernster wirtschaftlicher Schäden	60
2.	Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses.	61
3.	Anwendbarkeit der Ausnahmegründe gemäß § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 5 BNatSchG auch auf Verbote der Vogelschutz-Richtlinie	65
4.	Keine zumutbaren Alternativen	67
5.	Keine Verschlechterung des Erhaltungszustands bzw. Verweilen in einem günstigen Erhaltungszustand	69
a)	Arten gemäß FFH-Richtlinie.	69
b)	Europäische Vogelarten gemäß Vogelschutz-Richtlinie	71
c)	Zu bewertende Populationen der vom Eingriff betroffenen Art	72
III.	Anforderungen an Ausgleichsmaßnahmen	72
1.	Rechtsgrundlage	73
2.	Abgrenzung zu vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen	73
3.	Erforderlichkeit von Ausgleichsmaßnahmen.	73
4.	Anforderungen an Ausgleichsmaßnahmen	74
5.	Verbindung mit Maßnahmen zum Ausgleich von Beeinträchtigungen des Naturhaushalts gemäß § 1a Abs. 3 BauGB.	74
5. Kapitel	Befreiung gemäß § 67 Abs. 2 BNatSchG	75
I.	Rechtsgrundlage	75
II.	Europarechtliche Konformität der Befreiung	75
III.	Voraussetzungen	76
IV.	Ersatzmaßnahmen	77
6. Kapitel	Zusammenfassung	78
4. Teil	Umsetzung artenschutzrechtlicher Maßnahmen im Bebauungsplan	81
1. Kapitel	Umsetzung durch Festsetzungen im Bebauungsplan	81
I.	Rechtsgrundlagen	81
II.	Festsetzung von Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB	82

1.	Anforderungen an die Festsetzungen	83
2.	Ort der Maßnahme	85
3.	Pflichten- und Kostentragung von Maßnahmen	86
III.	Festsetzung zu Anpflanzungen, Erhaltung von Bepflanzungen, Bindungen für Bepflanzungen und von Gewässern gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB	87
2. Kapitel	Umsetzung durch Übernahme artenschutzrechtlicher Maßnahmen in den Bebauungsplan nach § 11 Abs. 3 BNatSchG oder § 9 Abs. 4 BauGB	87
3. Kapitel	Umsetzung durch vertragliche Regelungen	88
4. Kapitel	Möglichkeit der Verlagerung von Maßnahmen auf die Ebene der Vorhabenzulassung	89
5. Kapitel	Zusammenfassung	89
5. Teil	Die Berücksichtigung des Artenschutzes im Bebauungsplanverfahren	91
1. Kapitel	Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung (Scoping)	92
I.	Bestimmung der zuständigen Naturschutzbehörde	92
II.	Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung	93
2. Kapitel	Umweltprüfung, Umweltbericht und Umfang artenschutzrechtlicher Ermittlungen	94
I.	Umweltprüfung und artenschutzrechtliche Ermittlungen	95
1.	Anforderungen an die artenschutzrechtliche Prüfung	95
a)	Rechtliche Vorgaben für die Prüfung im Planfeststellungsrecht	95
b)	Erkenntnisquellen für die artenschutzrechtliche Prüfung	97
c)	Sonstige zulässige Methoden zur Bewertung artenschutzrechtlicher Betroffenheiten	98
2.	Gerichtliche Kontrolle artenschutzrechtlicher Prüfungen	99
3.	Übertragung der Maßstäbe auf die Bebauungsplanung	101
II.	Aufnahme artenschutzrechtlicher Aussagen in den Umweltbericht	102

3. Kapitel	Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der förmlichen Behördenbeteiligung	103
I.	Stellungnahme der Naturschutzbehörde in der Behördenbeteiligung	103
II.	Meinungsverschiedenheiten zwischen Gemeinde und Naturschutzbehörde	104
4. Kapitel	Sonderfall des Bebauungsplans der Innenentwicklung gemäß § 13a bzw. für Außenbereichsflächen gemäß § 13b BauGB	105
I.	Bebauungspläne gemäß § 13a BauGB ab 20.000 Quadratmeter Grundfläche	105
II.	Bebauungspläne gemäß § 13a oder 13b BauGB mit weniger als 20.000 Quadratmetern Grundfläche	106
5. Kapitel	Auftreten artenschutzrechtlicher Konflikte nach Inkrafttreten eines Bebauungsplans	107
6. Kapitel	Beteiligung der Naturschutzverbände im Bebauungsplanverfahren	108
I.	Rechtsbehelfe gegen Bebauungspläne	108
II.	Rechtsbehelfe im Vorhabenzulassungsverfahren und Bedeutung für das Bebauungsplanverfahren	109
7. Kapitel	Bebauungsplanung und Haftung nach dem Umweltschadensgesetz	110
8. Kapitel	Zusammenfassung	111
	Stichwortverzeichnis	113